

Protokoll

der 6. Sitzung des Projektausschusses gegen Radikalismus und Gewalt

Ort: Sitzungszimmer Kreisverwaltung, Parkstraße 6, 34576 Homberg
Termin: 30.09.2010
Beginn: 16.00 Uhr
Ende: 18.00 Uhr

Anwesende :

Herr Ide, Herr Almàsi, Herr Dr. Richter, Herr Dr. Vaupel, Herr Schott, Herr Dr. Wondrak, Herr Recke, Herr Spengler, Herr Kindler, Herr Brettschneider, Herr Kaiser, Herr Akdag, Herr Lantzsch, Frau Wagner, Frau Roth und Herr Bürger

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch Herrn Bürger
2. Aktuelles aus Schwalm- Eder
3. Sachstand zum Projekt „Gewalt geht nicht!“
4. Förderung im Bundesprogramm „Vielfalt tut gut – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“
- notwendige Umstrukturierungen
5. Vielfalt tut gut – Netzwerkkonferenz im Schwalm-Eder-Kreis am 06.11.2010
6. Termine 2010 und 2011
7. Verschiedenes

TOP 1

Begrüßung

Herr Bürger begrüßt die Anwesenden, entschuldigt Herrn Neupärtl und eröffnet die Sitzung. Anschließend erläutert er die Tagesordnung und den Verlauf der Sitzung.

Als neue Mitglieder des Projektausschusses werden besonders begrüßt und erwähnt, Herr Achim Kaiser – Polizeidirektion Homberg, Holger Kindler – DGB, als Nachfolger von Herrn Rudolph, Herr Patrick Gebauer, der leider nicht anwesend sein kann als Vertreter für die Beteiligungsgremien.

Frau Bredow vom Kreisschülerrat ist ausgeschieden.

TOP 2

Aktuelles aus Schwalm-Eder

Herr Brettschneider führt aus, welche Straftaten es nach dem 27.02.2010 im Schwalm-Eder-Kreis mit rechtsextremem Hintergrund gegeben hat.

- Es gab zwei gefährliche Körperverletzungen, einmal am 17.04. und einmal am 08.05.2010; beide in Treysa
- Eine Körperverletzung am 03.07 auf einer Kirmes
- Weiterhin gab es sieben Propagandadelikte mit Verwendung fremdenfeindlicher Symbole
- Sieben Sachbeschädigungen
- Fünf weitere Delikte, davon drei Beleidigungen, ein Verstoß gegen das Waffengesetz mit Vortäuschen einer Straftat
- Weitere Sachbeschädigungen

Im Ergebnis wurden in 2008 20, in 2009 40 und in 2010 bisher 20 Straftaten verübt.

Es kam bisher zu 24 Verurteilungen. Herr Brettschneider führt aus, dass die Anzahl der Straftaten insgesamt zurückgegangen sei. Die Lage bei den Kirmesveranstaltungen sei auch besser geworden. Er geht unter anderem davon aus, dass es damit zusammenhängt, dass die Angehörigen der rechtsextremen Szene nicht mehr in den entsprechend provozierenden Klamotten auftreten würden. Auch die Sensibilisierung der Burschenschaften habe dazu beigetragen, dass provozierende Kleidung im Vorfeld schon erkannt würde und die Burschenschaften direkt handeln, da sie keine Rechtsextremen auf ihren Veranstaltungen haben möchten. Die Zusammenarbeit mit der Polizei ist sehr gut angenommen worden.

Herr Kaiser führt weiterhin an, dass erkennbar provokativ getragene Kleidung kaum noch festzustellen sei, was unter anderem auch auf die Verurteilungen zurückzuführen sei.

Herr Bürger ergänzt die Situationsbeschreibung und zeigt ein Bild von einer Gegenveranstaltung zu einer „Antifa-Bi-Veranstaltung“, im Juni 2010, in Butzbach, an der Mitglieder der FKSE mit eigenem Transparent teilgenommen haben.

Insgesamt teilt er die Feststellung, dass es ruhiger geworden ist. Er führt aus, dass sechs Gerichtsverhandlungen im Bereich der „Politisch Motivierten Kriminalität“ anhängig seien und es auch drei uneidliche Falschaussagen vor Gericht gegeben habe. Einige Berufungsverfahren seien ebenso noch anhängig.

Weiterhin werde die Homepage der FKSE zurzeit nicht sehr aktuell gepflegt.

Zu erwähnen ist das Kleben von „Spuckis“ (Aufkleber), was im Moment noch aktuell zu verzeichnen ist. Schwerpunkte liegen hierbei in Knüllwald-Rengshausen und Schwalmstadt, sowie Neukirchen.

Herr Recke führt an, dass das Kleben der Spuckis, im Fall Knüllwald-Rengshausen ein regelrechter Sport geworden sei. Sobald ein Aufkleber entfernt wurde, würde ein neuer geklebt.

Herr Kaiser berichtet von einer Verurteilung bei der der Täter 50 geklebte Spuckis entfernen sollte. Die Entfernung sollte mit Bildnachweisen dokumentiert werden. Das Amtsgericht konnte jedoch nachweisen, dass die Spuckis nicht entfernt wurden sondern, dass das Bildmaterial dieses nur vortäuschen sollte.

Herr Recke weist in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hin, dass Personen, die wegen solcher Delikte schon einmal vor dem Richter standen, sich danach sehr bedeckt halten, da sie z. B. bei Bekanntwerden um ihre Arbeitsstelle fürchten müssen.

Herr Bürger berichtet weiterhin von der Bedrohungssituation in einem Stadtteil. Eine aus dem Libanon stammende Familie, mit deutscher Staatsbürgerschaft wurde dort von Jugendlichen, die auf dem gegenüberliegenden Schulgelände rumlungerten, mit fremdenfeindlichen Beschimpfungen attackiert.

TOP 3

Sachstand zum Projekt

Herr Bürger gibt den Anwesenden einen Überblick über die in 2010 durchgeführten Projekte. Von den bisher 92 durchgeführten Veranstaltungen waren 40 unter Beteiligung von Multiplikatoren. Mit diesen Veranstaltungen wurden insgesamt ca. 3250 Teilnehmer erreicht. Anzumerken sei jedoch, dass sich in dieser Zahl auch zwei große Jugendfeuerwehrelager mit jeweils ca. 600 TeilnehmerInnen befinden.

Zudem beteiligte sich das Projekt an elf Veranstaltungen Dritter, in Form von finanzieller Unterstützung durch die Förderrichtlinien.

Weitere Daten sind der anhängenden PowerPoint-Präsentation zu entnehmen.

Herr Bürger gibt einen Hinweis auf die Tischvorlage mit einer Liste der Veranstaltungen insgesamt und einer Liste der Veranstaltungen in Schulen.

Regionalanalyse auf einzelne Städte und Gemeinden herunterbrechen

Herr Schott fragt an, ob es Anfragen von Bürgermeistern gibt, die allgemeinen Daten der Regionalanalyse auf einzelne Städte und Gemeinden herunterzubrechen, und ob ggf. Hinweise an die Bürgermeister ergehen könnten, dass diese Möglichkeit der Datenabfrage besteht.

Frau Wagner teilt mit, dass dies bereits in zwei Gemeinden so geschehen ist, die Möglichkeit also grundsätzlich besteht.

Herr Kaiser gibt zu bedenken, dass der Regionalanalyse Daten aus dem Jahr 2008 zugrunde liegen und diese nicht mehr den heutigen „Ist-Stand“ treffen. Die Bürgermeister müssen sich darüber im Klaren sein, dass es ein eingefrorenes Datum ist.

Herr Bürger führt an, dass eine Art Steckbrief mit Daten der Polizei und des Projektes „Gewalt geht nicht!“ als Aktualisierung dienen könnten.

Frau Wagner führt aus, dass es wichtig ist, die Einzelheiten der Studie in den Vordergrund zu stellen. Sie regt an, über die Bürgermeister bzw. die Ordnungsämter die örtlichen Jugendfeuerwehren, Sportvereine, Kirchen etc. einzuladen. Diese sollten befragt werden, wie sie die Lage einschätzen. Es muss vor Ort eine aktive Bürgerschaft gefun-

den werden. Die Daten der Regionalanalyse allein helfen hier nicht weiter, man hat in mehreren Jahren die gleichen Probleme wieder.

Herr Lantzsch befürwortet die Ergänzung der Ergebnisse der Regionalanalyse durch aktuelle Zahlen.

Herr Bürger erklärt, dass die Vorgehensweise sowohl mit dem „beratungsnetzwerkHessen“, dem Mobilen Beratungsteam und natürlich auch mit Landrat Neupärtl abgesprochen werden soll, bevor dann Gespräche mit den Bürgermeistern erfolgen können.

Mobile Intervention in der Jugendarbeit im SEK:

Frau Wagner gibt Auskunft über den Sachstand, der Einrichtung zur mobilen Intervention in der Jugendarbeit. Problematisch entwickelte Jugendliche sollen durch erfahrene Interventionsteams aufgesucht werden. Es stelle sich sehr schwierig dar, geeignete Personen für dieses Arbeitsfeld zu finden, die dann möglichst über einen freien Träger beschäftigt werden sollten. Man kann nicht beliebig Personal vorhalten oder beliebig aus anderen Feldern herausziehen. Das Projekt „Jugend für Vielfalt und Demokratie“ könnte Möglichkeiten bieten, eine solche Intervention als Projekt aufzustellen, es besteht jedoch das Problem, einen geeigneten Partner zu finden.

Möglichkeiten gäbe es evtl. auch an der EV. Fachhochschule Darmstadt-Hephata eine Kooperation und Begleitung zu verabreden. Man könnte ein Projekt unter Anleitung von Hochschuldozenten mit Studenten durchführen, eine solche Anfrage solle möglicherweise an die Uni Kassel und die EV-Fachhochschule Darmstadt-Hephata ergehen.

Herr Schott regt an, ob die Uni Marburg als Standort mit Benno Hafenegger Möglichkeiten bietet. Dieses Gebiet sei zwar nicht das Steckenpferd von Herrn Hafenegger, man könnte ihn aber um Hinweise bitten, an wen man sich wenden kann.

Integrations- und Toleranzpass in Schulen

Herr Bürger erklärt, dass die Einführung eines solchen Passes in den 5.-6. Klassen an Schulen, als freiwilliges Angebot geplant ist und sich eine Konzeptgruppe hierzu am 05.10.2010 trifft.

Herr Dr. Vaupel fragt an, im Bedarfsfall weitere Kontakte zu erfahrenen Kollegen herzustellen.

TOP 4

Förderung im Bundesprogramm „Vielfalt tut gut – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“

Herr Bürger gibt Auskunft über das Bundesprogramm – siehe hierzu die anhängende PowerPoint-Präsentation

Frau Wagner führt aus, dass alle formalen Vorlagen erfüllt werden müssen, damit Anträge überhaupt bewilligt werden können. Alle Projekte müssen dem einzurichtenden Begleitausschuss vorgelegt werden, es müssen vernünftige und sachdienliche Entscheidungen getroffen werden. Die Mitglieder müssen flexibel sein, kurzfristige Termine wahrnehmen können und öfter zusammen kommen, damit alles, was sinnvoll ist, schnell auf den Weg gebracht werden kann.

Herr Bürger geht darauf ein, dass zur Information und Abstimmung der Mitglieder des Begleitausschusses auch über neue Kommunikationswege nachgedacht werden müsse (verstärkte Email-Nutzung, geschützter Bereich auf Homepage etc.).

Herr Kaiser, weist darauf hin, dass es möglicherweise Rollenkonflikte bei der Abstimmung zu Projektförderanträgen geben könne. Hierbei müsse darauf geachtet werden, dass keine Bereiche durch ihre eigenen Delegierten im Begleitausschuss bevorteilt werden können. Herr Bürger unterstützt diesen Gedanken und verweist darauf, dass sich der Begleitausschuss zu gegebener Zeit ohnehin eine Geschäftsordnung geben muss.

Herr Kindler lobt die Verantwortlichen, dass diese die Arbeit und Mühe auf sich genommen haben um dieses Programm im Schwalm-Eder-Kreis durchzuführen.

Mit diesem Bundesförderprogramm sollen insbesondere junge Menschen im Landkreis angesprochen werden, vorwiegend im präventiven Bereich. Aber auch Multiplikatoren der einzelnen Zielgruppen sind angesprochen.

TOP

Vielfalt tut gut – Netzwerkkonferenz im Schwalm-Eder-Kreis am 06.11.2010

Herr Bürger erklärt die Notwendigkeit zu einer solchen Netzwerkkonferenz. Diese soll in den Räumlichkeiten der Drei-Burgen-Schule in Felsberg stattfinden, Näheres wird noch bekannt gegeben.

Herr Schott und Herr Ide sind an diesem Termin verhindert. Alle anderen Anwesenden wollen den Termin nach Möglichkeit wahrnehmen.

TOP 6

Termine 2010 und 2011

Die Projektausschuss-Sitzung am 18.11. entfällt zugunsten des 06.11. – weiteres siehe PowerPoint

Herr Kaiser fragt an, wann und wie der Begleitausschuss einberufen wird
Herr Bürger wird Mitglieder des Projektausschusses ansprechen und nach deren Bereitschaft zur Mitarbeit fragen. Allerdings soll hier die weitere Förderzusage aus Berlin noch abgewartet werden. Erste Gespräche wurden aber schon mit Ausschussmitgliedern geführt.

Herr Spengler, mahnt schnelle Verbreitung der Ausschreibung für den 06.11.2010 an.
Herr Bürger sagt dies zu.

TOP 7

Verschiedenes

Herr Almàsi regt an, den DFB Vizepräsident , Herrn Hocke, einzuladen. Man könnte fragen, was macht der DFB in diesem Bereich? Das Fazit des letzten Fernsehinterviews

zu dieser Frage sei, dass der größte deutsche Sportverband nur einen geringen Teil für diesen Bereich ausgibt.

Herr Bürger bedankt sich für die Anregung und wird Herrn Hocke ggf. einladen.

Herr Bürger bedankt sich bei allen SitzungsteilnehmerInnen für die aktive Mitarbeit und schließt die Sitzung um 18.00 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:



gez. Unterschrift

S. Bürger,
Projektleitung

A. Roth
Verwaltungsfachwartin